

"Minarett-Initiative": Das Nein überwiegt – SVP-Wählerschaft dafür

titel

Initiative für Kriegsmaterial-Exportverbot: Ja und Nein vorläufig fast gleichauf

MEDIENBERICHT ZUR BEGLEITSTUDIE
"ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2009, 1. WELLE, OKTOBER 2009"
IM AUFTRAG VON SRG SSR IDEE SUISSE

Projektteam:
Claude Longchamp, Institutsleiter, Politikwissenschaftler,
Lehrbeauftragter an den Universitäten St. Gallen und Zürich
Laura Kopp, Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin
Jonas Kocher, Datenanalytiker/Programmierer
Silvia Ratelband-Pally, Administratorin



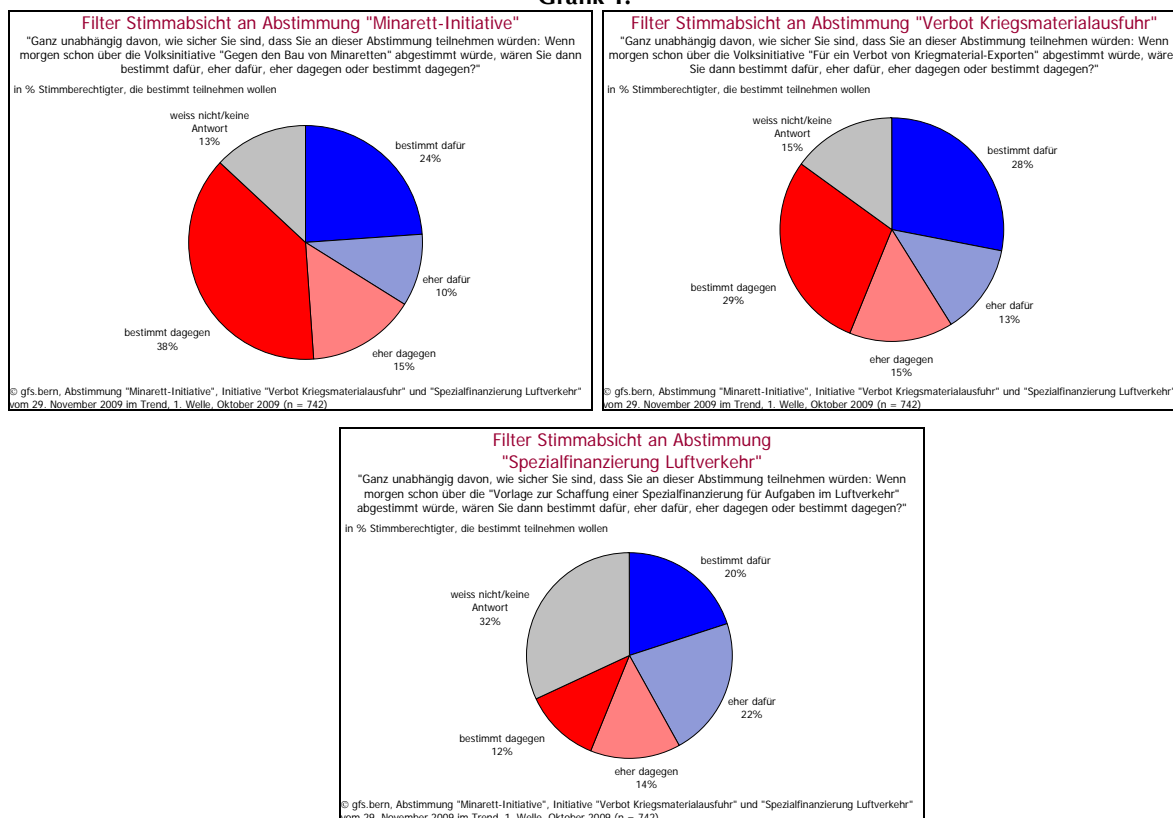
Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	2
1. DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE	3
2. DER UNTERSUCHUNGSANSATZ	5
3. DIE BEFUNDE	8
3.1. DIE VORLÄUFIGEN TEILNAHMEABSICHTEN.....	8
3.2. DIE INITIATIVE FÜR EIN BAUVERBOT VON MINARETTEN	9
3.2.1. <i>Die vorläufigen Stimmabsichten</i>	9
3.2.2. <i>Das vorläufige Konfliktmuster</i>	10
3.2.3. <i>Die Argumentenbewertungen</i>	12
3.3. DIE INITIATIVE FÜR EIN VERBOT VON KRIEGSMATERIAL.....	16
3.3.1. <i>Die vorläufigen Stimmabsichten</i>	16
3.3.2. <i>Das vorläufige Konfliktmuster</i>	17
3.3.3. <i>Die Argumentenbewertungen</i>	18
3.4. BUNDESBESCHLUSS SCHAFFUNG SPEZIALFINANZIERUNG LUFTVERKEHR	20
3.4.1. <i>Die vorläufigen Stimmabsichten</i>	20
3.4.2. <i>Das vorläufige Konfliktmuster</i>	21
4. DIE SYNTHESE	24
ANHANG.....	29

1. Das Wichtigste in Kürze

Wäre Mitte Oktober 2009 über die drei Vorlagen entschieden worden, die am 29. November 2009 in der eidgenössischen Volksabstimmung anstehen, hätten 53 Prozent bestimmt oder eher gegen die Minarett-Initiative gestimmt, während 34 Prozent bestimmt oder eher dafür gewesen wären. Beim Verbot von Kriegsmaterialausfuhr wären 44 Prozent dagegen und 41 Prozent dafür gewesen. Bei der Spezialfinanzierung des Luftverkehrs hätten die Behörden 42 Prozent hinter und 26 Prozent gegen sich gehabt. An der Abstimmung teilgenommen hätten 44 Prozent.

Grafik 1:



Das sind die Hauptergebnisse der ersten von zwei Befragungen der SRG SSR idée suisse, erstellt durch das Forschungsinstitut gfs.bern zu den Volksabstimmungen vom 29. November 2009. Befragt wurden hierzu zwischen dem 13. und dem 17. Oktober 2009 insgesamt 1'207 repräsentativ ausgewählte Personen. Bezogen auf die Gesamtheit der Befragten beträgt der statistische Stichprobenfehler +/- 2.9 Prozentpunkte.

Grafik 2:

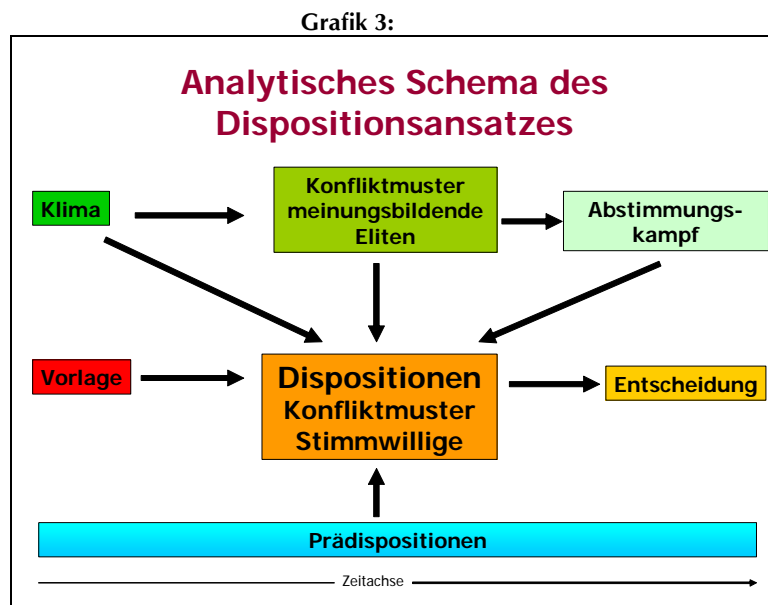
Datenbasis	
Grundgesamtheit:	Stimmberechtigte in der ganzen Schweiz
Erhebungsart:	computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
Stichprobenbildung:	sprachregional geschichtete, doppelte Zufallsauswahl (Haushalte, BewohnerInnen)
Befragungsdauer:	13. bis 17. Oktober 2009, Mean-Day: 15.10.2009
Stichprobengrösse:	N = 1'207 (Total), n = 742 (Teilnahmewillige)
Stichprobenfehler:	+/- 2.9 Prozentpunkte bei 50/50 (N= 1223) +/- 3.7 Prozentpunkte bei 50/50 (n= 744) (beide bei 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit)
Verwendbarkeit:	exklusiv für SRG SSR idée suisse, Sperrfrist: 23.Oktober 2009, 17h

Zitiervorschlag: Repräsentativ-Befragung von 1'207 stimmberechtigten BürgerInnen aus der ganzen Schweiz. Durchgeführt zwischen dem 13. und 17. Oktober 2009 für die SRG SSR idée suisse-Medien durch das Forschungsinstitut gfs.bern.

2. Der Untersuchungsansatz

Untersucht werden die beiden Abstimmungsgegenstände vom 29. November 2009: die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten, die Volksinitiative für ein Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial und der Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für den Luftverkehr.

Der hierzu verwendete Untersuchungsansatz folgt dem erprobten Vorgehen des Forschungsinstituts gfs.bern für Vorbefragungen zu Volksabstimmungen. Er basiert auf dem Dispositionsansatz. Dieser geht von der These aus, dass Entscheidungen, wie sie bei Volksabstimmungen zustande kommen, weder kollektiv noch individuell ein für alle Mal feststehen. Vielmehr entwickeln sie sich aus den Erfahrungen und der Diskussion zu einem Thema resp. einer Vorlage heraus:



- Auf der Makroebene sind der Positionsbezug der meinungsbildenden Eliten (Regierung, Parlament, Medien), das Meinungsklima, in welchem die Entscheidung stattfindet sowie die Ausgestaltung des Abstimmungskampfs von Belang.
- Auf der Mikroebene geht es um die Verarbeitung von Informationen, die vor dem Hintergrund von Alltagserfahrungen mit den Abstimmungsthemen geschieht.
- Daraus entstehen individuell Stimm- wie Teilnahmeabsichten, von uns als Dispositionen bezeichnet, die sich im Verlaufe des Meinungsbildungsprozesses zu verbindlichen Entscheidungen in der Sache und bezüglich der Beteiligung an der Entscheidung verdichten. Von allen Individuen, die sich berechtigterweise beteiligen können, entsteht so bis zum Abstimmungstag der kollektiv verbindliche Entscheid.

Den vorläufigen Stand dieser Meinungsbildung bestimmen wir hier aufgrund einer Repräsentativ-Befragung, die wir bei insgesamt 1'207 stimmberechtigten Personen in der ganzen Schweiz durchgeführt haben. Der Befragungszeitraum reichte vom 13. bis 17. Oktober 2009. Der mittlere Befragungstag war der 15. Oktober 2009.

Befragt wurden stimmberechtigte SchweizerInnen, die im Inland wohnhaft sind. Wir befragten insgesamt 742 Personen, die an der Volksabstimmung bestimmt teilnehmen wollen resp. 465, die das nicht tun wollen. Wir haben bewusst mehr beteiligungsbereite Personen interviewt, weil sie für die Bestimmung der Stimmenverhältnisse massgeblich sind, während die anderen nur zur Kontrolle der Mobilisierungsbereitschaft dienen.

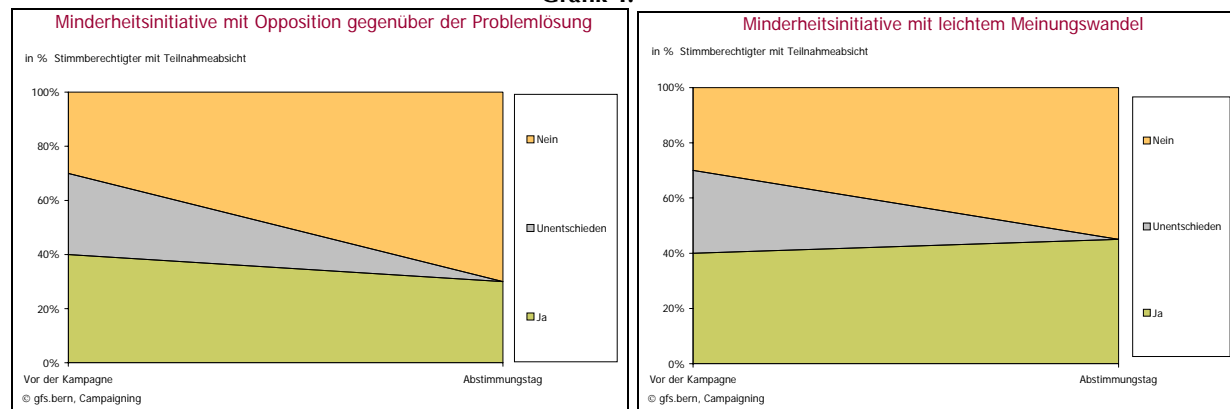
Die Befragung wurde mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) realisiert. Es wurden drei gleich strukturierte Erhebungen in der deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Schweiz durchgeführt. In der Ausgangslage wurden die beiden kleineren Sprachgruppen überrepräsentiert befragt, um bessere sprachregionale Analysen vornehmen zu können. Für gesamtschweizerische Aussagen wurde diese Verteilung wieder zurückgewichtet.

Alle so ermittelten Ergebnisse verstehen sich nicht als Prognosen, sondern als Momentaufnahme des Prozesses der Meinungsbildung. Eine Prognose kann höchstens dann vorgenommen werden, wenn nicht nur richtungsmässige Tendenzen, sondern auch zeitliche Trends in den bekundeten Entscheidungen vorliegen. Denn nur dann kann man entscheiden, ob die Verhältnisse stabil sind oder – was viel häufiger ist – die Meinungsbildung dynamisch verläuft. Einzig aufgrund von Einmalbefragungen ist dies nicht möglich; es braucht mindestens zwei vergleichbare Erhebungen.

Der Verlauf der Meinungsbildung kann indessen aufgrund der Erfahrungen, die wir in den letzten zehn Jahren mit Befragungen zu Volksabstimmungen für die SRG gesammelt haben, hypothetisch formuliert werden. Eigentliche punktgenaue Prognosen sind damit jedoch nicht leistbar.

Dabei muss man zuerst zwischen Meinungsbildungsprozessen zu Volksinitiativen resp. zu Behördenvorlagen unterscheiden.

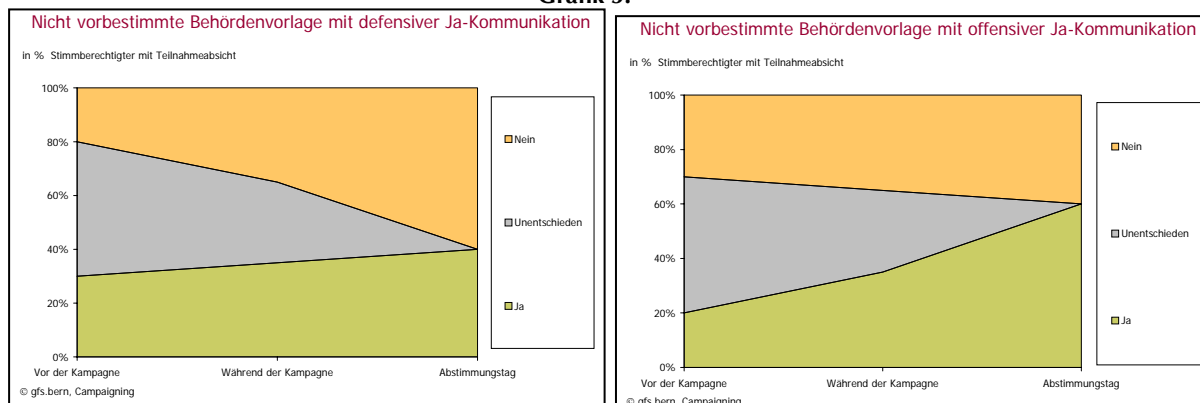
Grafik 4:



Bei Volksinitiativen kann man immer wieder eine zentrale Entwicklung der Meinungsbildung beobachten: Sie geht im Regelfall vom tendenziellen Ja ins tendenzielle Nein. Das hat vor allem mit der Verlagerung der Perspektive während des Abstimmungskampfes zu tun. In der Frühphase beschäftigen sich die BürgerInnen vor allem mit dem Thema und seiner Problematik, wie sie diese aus ihrer Alltagserfahrung kennen. Während des Abstimmungskampfes verlagert sich die Betrachtung auf den Inhalt der Vorlage und die Frage, ob diese eine adäquate Lösung für das wahrgenommene Problem darstellt. Dabei kommt es häufig vor, dass man bei der Problembenennung den Initianten folgt, ihren Standpunkt aber bezüglich der Problemlösung nicht teilt. In diesem Fall äussert man sich bei frühen Vorbefragungen eher positiv zum Anliegen, bei späteren Erhebungen aber nega-

tiver zum Inhalt. Das drückt sich in einer Zunahme der ablehnenden Stimmabsichten zu Lasten der Unentschiedenen aus. Hinzu kommt häufig, dass auch ein Teil der anfänglichen BefürworterInnen zu GegnerInnen werden. Je nachdem, wie hoch die Zustimmungsbereitschaft am Anfang ist, sprechen wir von potenziellen Mehrheitsinitiativen, die angenommen oder abgelehnt werden können, resp. von Minderheitsinitiativen, die in der Regel in Volksabstimmungen verworfen werden. Allerdings ist auch die umgekehrte Entwicklung bekannt, wenn sie auch bei Volksinitiativen deutlich weniger wahrscheinlich ist. Demnach nimmt während des Abstimmungskampfes nicht nur die Ablehnung zu, sondern auch die Zustimmung. Dieser Fall tritt vor allem dann auf, wenn es der Problemdruck sehr hoch ist. Dabei prallen die sonst wirksamen Argumente der Nein-Seite bei den Menschen weitgehend ab, die zwar nicht unbedingt für das Anliegen der Initiative im engeren Sinne sind, die Abstimmung aber als Ventil verstehen, um den Unmut mit den generelleren Problemen ausdrücken zu können. Unter dieser Bedingung ist es wahrscheinlich, dass die ursprünglichen Ja-Stimmenden bestehen bleiben, resp. dass sie sich unter den Unschlüssigen verstärken können.

Grafik 5:



Bei Behördenvorlagen spielt der Effekt der vorbestimmten Meinungsbildung nur dann, wenn Gesetzesänderungen ein breites Bevölkerungsanliegen aufgreifen. In diesem Fall sind die Kampagnen im Wesentlichen dazu da, in der Bevölkerung vorhandene Prädispositionen aufzugreifen und zu verstärken, marginal auch meinungsaufbauend zu wirken. Mit klaren Prädispositionen ist dann zu rechnen, wenn der Abstimmungsgegenstand selbstredend, eindeutig und die Konsequenzen der Entscheidung klar sind. Je häufiger man darüber bereits abgestimmt hat resp. je mehr ein Bezug der Vorlage zum Alltag der Bürgerschaft besteht, umso eher ist dies erfahrungsgemäss auch gegeben.

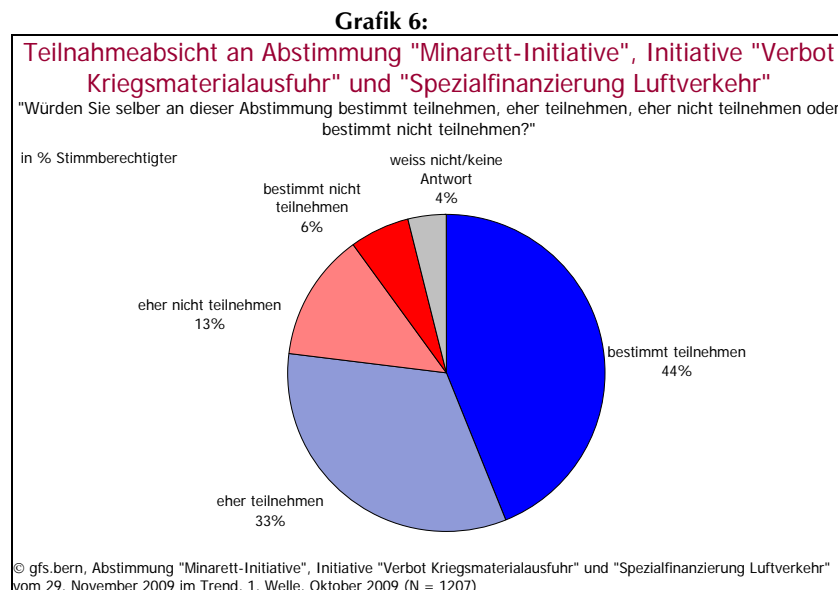
Die Hypothesen lauten:

- *Luftverkehr*: Das Luftverkehrsabkommen ist nicht prädisponiert, denn das Thema ist zu wenig im Bürgeralltag verbunden und die Vorlage wurde bisher gar nicht diskutiert. Prognosen zum Abstimmungsausgang sind nicht möglich.
- *Kriegsmaterialausfuhr*: Die Meinungen zur Volksinitiative ist prädisponiert, denn das Abstimmungsthema ist nicht neu und die Trägerschaft hat ein klar linkes Profil. Das Anliegen war bisher nicht mehrheitsfähig, sodass auch diesmal vorerst mit diesem Ausgang gerechnet werden kann.
- *Bauverbot für Minarette*: Die Meinungen zur Volksinitiative sind prädisponiert und durch den einsetzenden Abstimmungskampf auch schon gefestigt worden. Das Abstimmungsthema selber ist neu, mobilisiert aber die bekannte Konfliktlinie des Nationalkonservatismus. Zudem hat die Trägerschaft ein klar rechtes Profil. Es gibt keine direkte Vergleichsabstimmung, sodass der Ausgang vorerst recht offen erscheint.

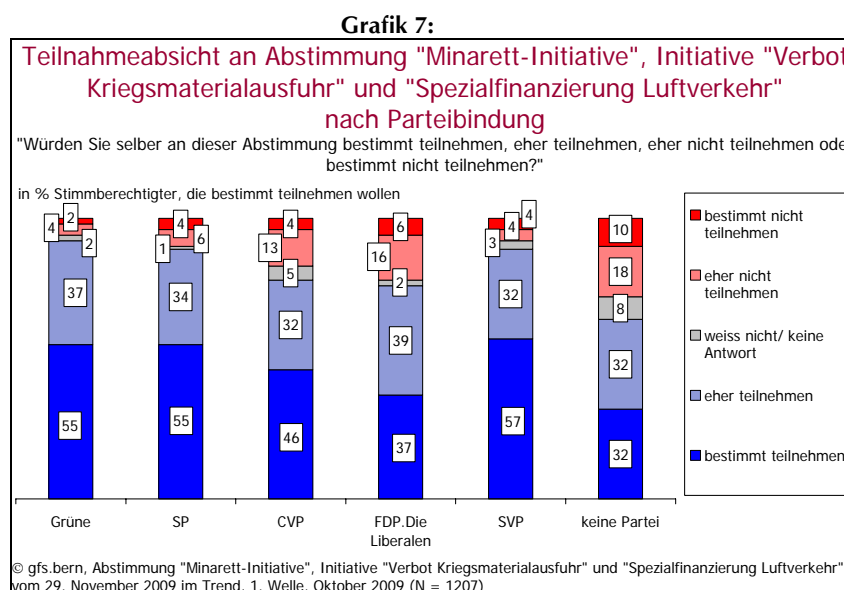
3. Die Befunde

3.1. Die vorläufigen Teilnahmeabsichten

Wäre bereits Mitte Oktober über die Vorlagen entschieden worden, die am 29. November 2009 zur Abstimmung kommen, hätten sich 44 Prozent der Stimmberechtigten bestimmt an der Abstimmung beteiligt. Die Teilnehmerate liegt damit nahe am Durchschnitt, der bei ca. 45 Prozent liegt.



Gut motiviert sind dabei vor allem die AnhängerInnen der SVP, der SP und der Grünen. SympathisantInnen der CVP und der FDP sind aktuell noch weniger daran interessiert, an der Abstimmung bestimmt teilzunehmen. Am wenigsten Bereitschaft dafür, bestimmt abzustimmen, findet man erfahrungsgemäss bei Partei ungebundenen Personen.



Diese Ausgangslage ist insofern nicht erstaunlich, als dass mit der Minarett-Initiative eine Vorlage der SVP und mit der Initiative Verbot Kriegsmaterial ein den Grünen und der SP nahe liegendes Vorhaben zur Abstimmung kommt. Beide Pole profitieren vor allem von polarisierenden Kampagnen.

Tabelle 1:
Teilnahmeabsichten nach Parteien bei Kampagnenbeginn, Abstimmungsbefragung 2009
 (Angaben in Prozent Parteiwählerschaften)

Volksabstimmungen vom	Grüne	SP	CVP	FDP	SVP	Partei- Ungebundene
29.11.2009	55	55	46	37	57	32
27.09.2009	59	58	51	38	36	32
17.05.2009	50	50	39	37	39	23

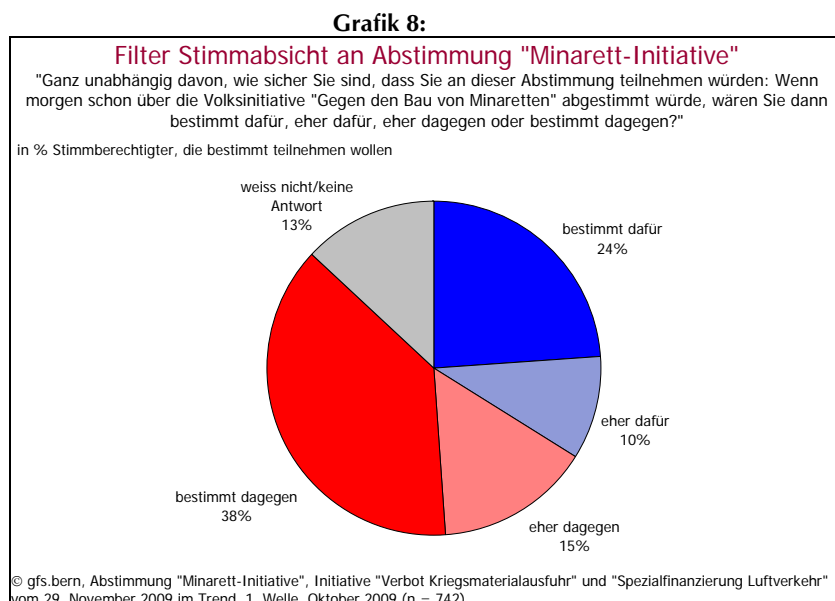
Quelle: SRG-Befragungen, jeweils 1. Welle, das heisst 6 – 7 Wochen vor dem Abstimmungstag

Im Vergleich zu den Mobilisierungsbereitschaften an beiden letzten Abstimmungstagen sei insbesondere auf eine Veränderung hingewiesen. Die Teilnahmewilligkeit an der SVP-Basis ist wieder deutlich höher. Das hat mit der Charakteristik der Themen zu, denn die Themen im Mai und im September 2009 lagen weniger auf der klassischen SVP-Linie resp. wurden parteimässig auch nicht gleich stark angegangen. Anders sieht es bei der Minarett-Initiative aus, die fast schon idealtypisch die nationalkonservative Konfliktlinie thematisiert, und zu einer Mehrheits-/Minderheitspolarisierung unter den Parteien führt, die der SVP besonders liegt und sie nach Innen mobilisiert.

3.2. Die Initiative für ein Bauverbot von Minaretten

3.2.1. Die vorläufigen Stimmabsichten

Würde heute über die Minarett-Initiative abgestimmt, wären 34 Prozent bestimmt oder eher dafür. 53 Prozent würden bestimmt oder eher dagegen votieren. 13 Prozent der Teilnahmewilligen hätten gar keine Stimmabsicht.

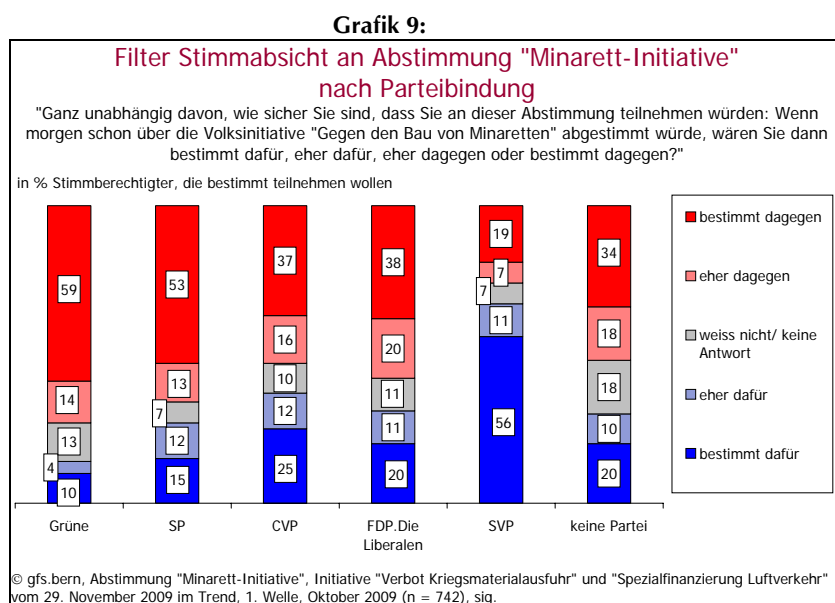


62 Prozent haben eine feste, ein weiteres Viertel hat eine gerichtete Stimmabsicht. Die Nein-Seite ist dabei im Vorteil; mehr Menschen wollen die Initiative ablehnen als annehmen.

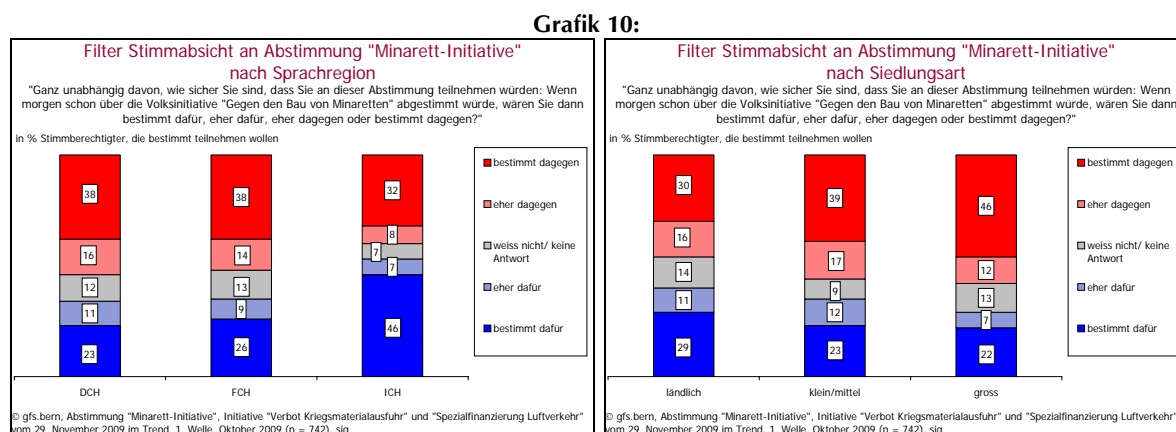
Die Meinungsbildung hat aber erst begonnen, und ist damit selbstredend nicht abgeschlossen.

3.2.2. Das vorläufige Konfliktmuster

Beim Konfliktmuster sticht zunächst die klare Polarisierung entlang der Parteigrenzen hervor: Die Wählenden der SVP sind dafür. Sie stehen damit aber alleine da.



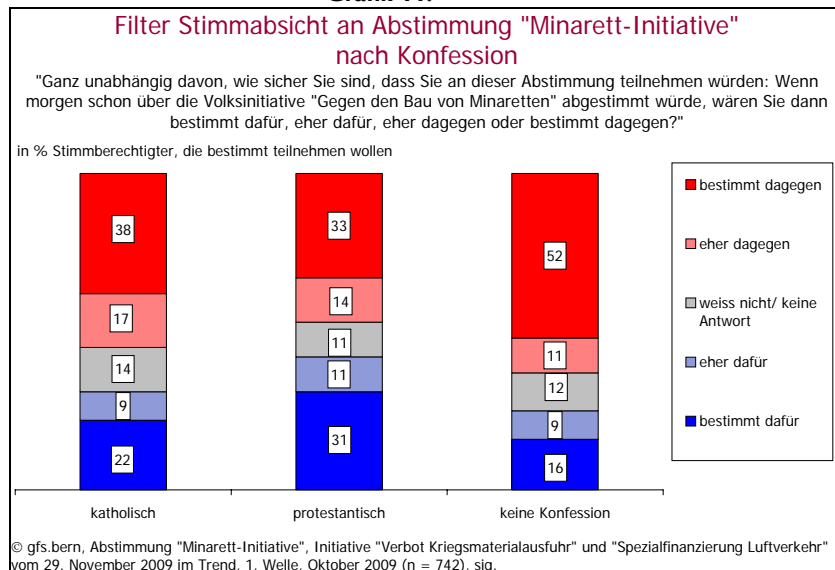
Am klarsten gegen die Initiative ist die grüne Wählerschaft. 73 Prozent wollen die Vorlage bestimmt oder eher ablehnen. Bei der SP-Wählerschaft liegt der Wert bei 66 Prozent. 58 Prozent macht der Vergleichswert bei der FDP aus, und bei der CVP weist unsere Auswertung eine negative Mehrheit von 53 Prozent aus. Selbst bei den Parteiungebundenen überwiegt das Nein mit 52 Prozent. Die Zustimmung ist nur bei der SVP gegeben. 67 Prozent wollen hier bestimmt oder eher für die Anti-Minarett-Initiative votieren. Bei der CVP, die an zweiter Stelle folgt, sind es 37 Prozent.



Räumlich gesprochen ergibt sich in der italienischsprachigen Schweiz eine erhöhte Zustimmungsbereitschaft. Sie liegt hier bei 53 Prozent bestimmt oder eher dafür. In der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz überwiegen dagegen die Ablehnungsmehrheiten mit 54 resp. 52 Prozent bestimmt oder eher dagegen. Beschränkte Unterschiede gibt es auch entlang der Siedlungsart. In den urbanen Agglomerationen ist die Mehrheit auf der Nein-Seite, während dies auf dem Land unsicher ist.

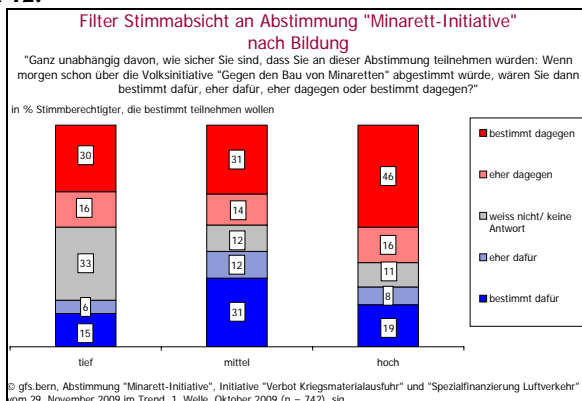
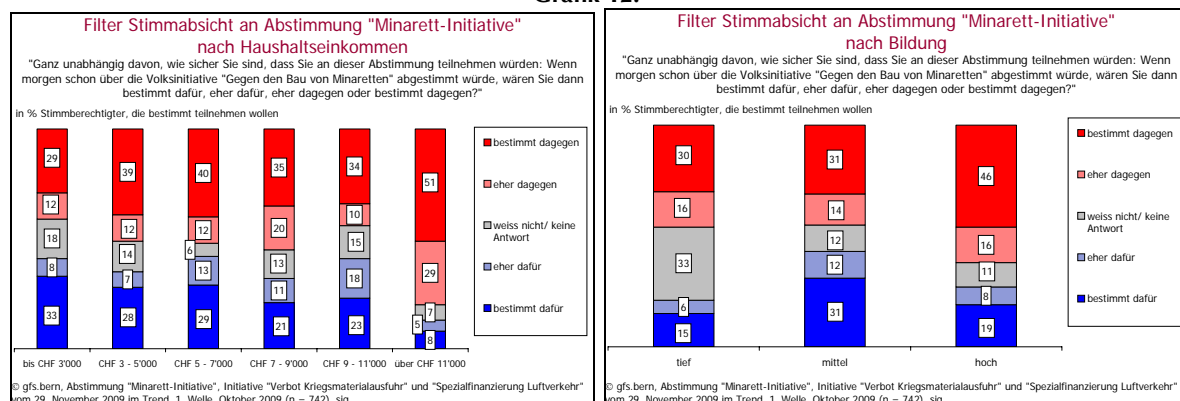
Wenn in der italienischsprachigen Schweiz die Zustimmungshöhe klar über dem Mittel ist, hat das mit der bisher geringeren Problematisierung der Vorlage zu tun. Wir werden bei den Argumenten noch einmal darauf zurückkommen.

Grafik 11:



Nach Konfessionen sind alle unterscheidbaren Gruppen mehrheitlich dagegen. Das Ausmass variiert aber. Am deutlichsten dagegen sind konfessionslose Menschen. Sie wollen zu 63 Prozent bestimmt oder eher dagegen stimmen. Bei den KatholikInnen sind 55 Prozent bestimmt oder eher dagegen, und bei den Reformierten verringert sich der Anteil auf 47 Prozent, ist aber immer noch leicht grösser als die Zustimmungsbereitschaft.

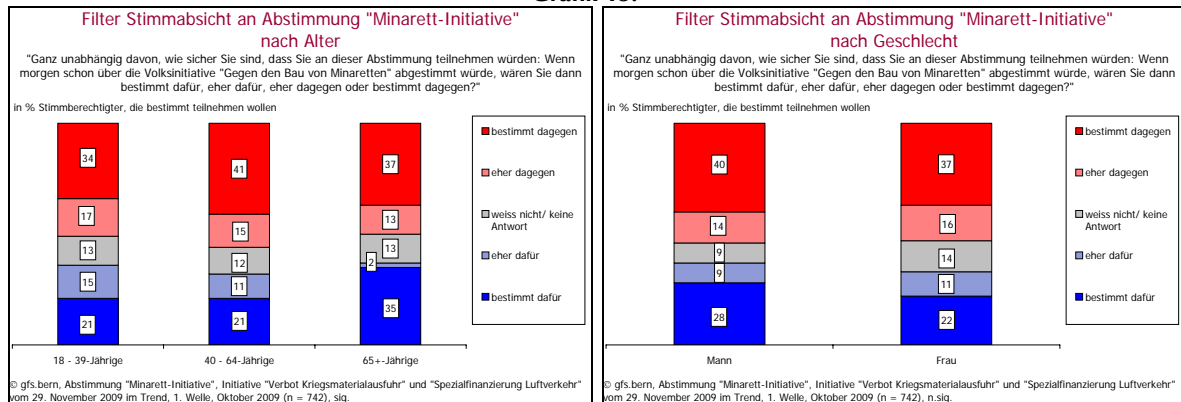
Grafik 12:



Beschränkte Einflüsse auf die vorläufigen Stimmabsichten finden sich auch entlang der sozialen Schichten. So gilt: Je höher das Haushaltseinkommen ist, desto stärker fällt die Ablehnung der Initiative aus. Bei einem Einkommen von mehr als CHF 11'000.- sind 80 Prozent bestimmt oder eher auf der Nein-Seite, während bei einem solchen von weniger als CHF 3000.- je 41 Prozent dafür und dagegen sind.

Präziser beschrieben werden kann dieser Zusammenhang mit der Schulbildung: Gespalten sind Menschen, die eine Berufsschule absolviert haben. Demgegenüber überwiegt die Ablehnung klar bei Personen mit hoher Bildung. Bei einem obligatorischen Schulabschluss ist die Unschlüssigkeit sehr hoch.

Grafik 13:



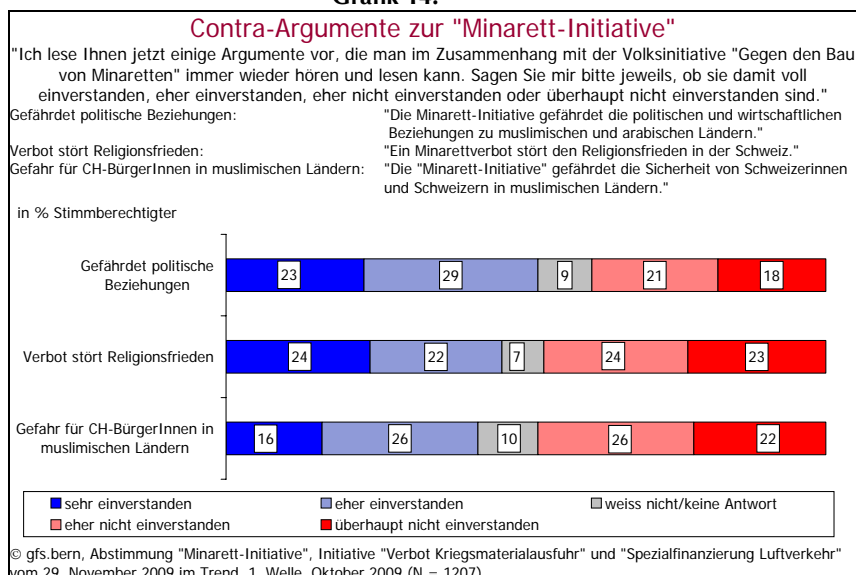
Nur marginal wirken sich die demografischen Merkmale auf die Stimmabsichten aus, wie wir sie momentan beobachten können. Minimale Einflüsse finden sich entlang des Alters, während die geringen Unterschiede zwischen den Geschlechtern statistisch nicht signifikant sind.

Das Konfliktmuster, wie es sich aufgrund der schon recht weit fortgeschrittenen Meinungsbildung unter den Stimmberechtigten resp. Stimmenden abzeichnet, ist typisch für eine Polarisierung zwischen Moderne und Tradition. Der Nationalkonservatismus macht den Traditions-Pol aus, der sich auch hier relativ klar als zentrales Zustimmungspotenzial abzeichnet. Entscheidend ist dabei, was Wählende aus der Mitte und parteipolitisch ungebundene BürgerInnen machen wollen. In der Ausgangslage sind sie mehrheitlich auf der Nein-Seite, was (vorläufig) gegen eine Annahme der Vorlage am Abstimmungstag spricht.

3.2.3. Die Argumentenbewertungen

Argumentativ ist die Ablehnung der Minarett-Initiative weniger klar als bei den Stimmabsichten. Beide Seiten verfügen über mehrheitsfähige Botschaften, doch keines der Argumente dominiert.

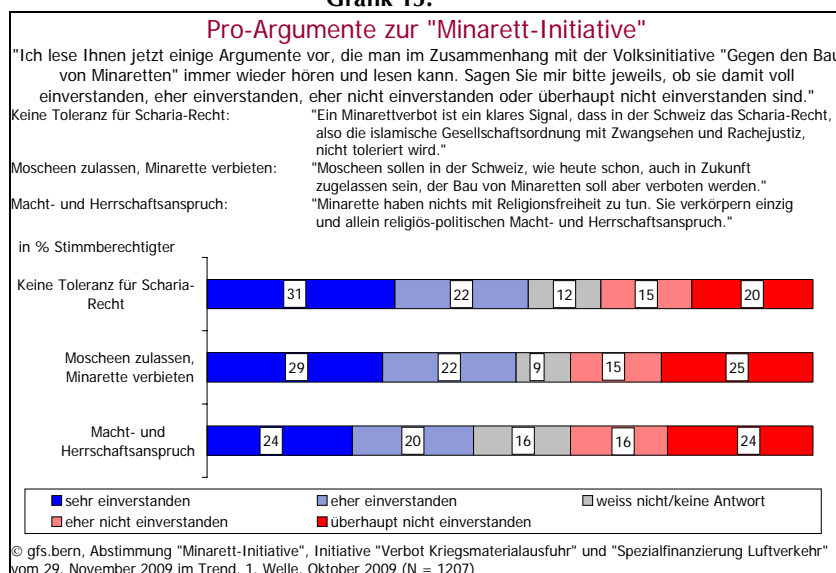
Grafik 14:



52 Prozent sind bestimmt oder eher der Meinung, mit der Initiative gefährde man die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu muslimischen resp. arabischen Ländern. 46 Prozent sind mehr oder minder klar der Auffassung, ein Minarett-Verbot störe den Religionsfrieden. 42 Prozent halten die Sicherheit von Schweizerinnen und Schweizern in muslimischen Ländern wegen der Minarett-Initiative für gefährdet.

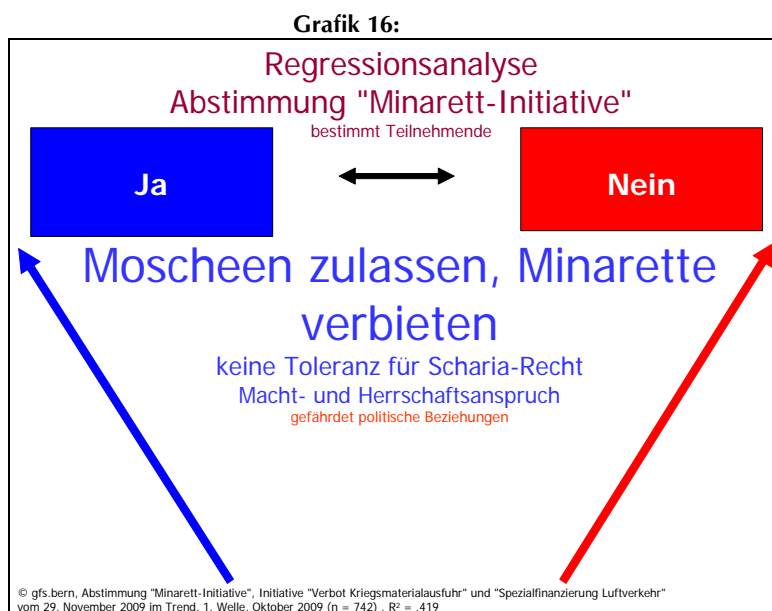
Die Nein-Seite verfügt damit unter den getesteten Argumenten über eines, das mehrheitsfähig ist. Eines polarisiert, während eines eher nicht überzeugt. Am besten schneidet das Schadensargument ab, während der Religionsfrieden weniger gut zieht.

Grafik 15:



Bezieht man sich auf die Ja-Seite, gilt: 53 Prozent sehen in einem Minarett-Verbot ein klares Signal gegen die Scharia. 51 Prozent finden, man solle in der Schweiz Moscheen zulassen, den Bau von Minaretten künftig aber verbieten. 44 Prozent folgen der politischen Interpretation, wonach Minaratte einzig einen Macht- und Herrschaftsanspruch verkörpern. 40 Prozent widersprechen dem.

Die Wirkung der Argumente kann aufgrund der bisherigen Kampagnen nicht eindeutig geklärt werden. Auf der Nein-Seite ist dies zwar gut möglich, weil die SVP weitgehend alleine gegen die anderen Parteien steht und die Botschaften, die bisher diskutiert wurden, genau auf diese Scheidelinie angelegt sind. Die Regressionsanalyse bestätigt dies: Die Ja-Argumente, die wir getestet haben, erklären die bisherige Trennlinie zwischen Ja- und Nein-Stimmabsichten gut, während ein übergeordnetes Argument auf der Ja-Seite nicht ersichtlich wird.



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt die Grösse des Einflusses von unabhängigen Variablen auf eine abhängige Variable. In der Regression wird die Grösse des Einflusses der Pro- und Kontra-Argumente auf die Stimmabsicht der bestimmt Teilnehmenden beschrieben. In der Grafik erscheinen die erklärenden Elemente dabei in verschiedenen Grössen: Je grösser ein Element dargestellt ist, desto wichtiger ist sein Einfluss auf die Stimmabsicht. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einem Ja (blau) oder eher zu einem Nein (rot) führt.

Um Genaueres zu erfahren, muss man die Wirkungen nach Parteien beurteilen. Die Übersicht hierzu ist in der Tabelle 1 wiedergegeben.

Obwohl die SVP-Basis die Initiative eindeutig annehmen will, erklären die getesteten Argumente nur recht wenig. Das heisst, die Ablehnung der Vorlage erfolgt auch aus Parteitreue und allgemeinen Überlegungen. Von den Argumenten sind zwei nachweislich wirksam: die Zustimmung zu Moscheen bei gleichzeitiger Ablehnung der Minarette und der Vergleich der Minarette mit Macht- und Herrschaftssymbolen.

Tabelle 2:
Übersicht über die Zustimmung und Ablehnung der Argumente resp. ihre Wirksamkeit nach Parteilagern

Argument	Grüne	SP	FDP	CVP	SVP	Ungebundene	Beurteilung
Pro							
Moscheen zulassen, Minarette verbieten	Ablehnung 0.53	Ablehnung 0.57	Ablehnung 0.32	Zustimmung 0.33	Zustimmung 0.33	Zustimmung 0.49	Mehrheitsfähig Polarisierung
Macht/ Herrschaftsanspruch	Ablehnung n.s.	Ablehnung 0.27	Ablehnung 0.25	Zustimmung n.s.	Zustimmung 0.20	Ablehnung .22	Nicht mehrheitsfähig Polarisierung
Keine Scharia-Toleranz	Ablehnung 0.28	Ablehnung n.s.	Zustimmung n.s.	Zustimmung 0.40	Zustimmung n.s.	Zustimmung n.s.	Mehrheitsfähig schwache Polarisierung
Kontra							
Gefährdet politisch/wirtschaftliche Beziehungen	Zustimmung -.20	Zustimmung -.29	Zustimmung -.36	Ablehnung n.s.	Ablehnung n.s.	Zustimmung n.s.	Mehrheitsfähig Mobilisierung Gegnerschaft
Gefährdet Sicherheit von SchweizerInnen	Ablehnung n.s.	Zustimmung n.s.	Ablehnung n.s.	Ablehnung n.s.	Zustimmung n.s.	Ablehnung n.s.	Nicht mehrheitsfähig kaum wirksam
Stört Religionsfrieden	Zustimmung n.s.	Zustimmung n.s.	Zustimmung n.s.	Zustimmung n.s.	Ablehnung n.s.	Zustimmung n.s.	Nicht mehrheitsfähig kaum wirksam
Total	Nein-Mehrheit	Nein-Mehrheit	Nein-Mehrheit	Nein-Mehrheit	Ja-Mehrheit	Nein-Mehrheit	Polarisierung durch Ja-Botschaften
Erklärungsgrad	Hoch 0.60	Hoch 0.58	Mittel 0.46	Mittel 0.36	Tief 0.18	Mittel 0.42	Mittel 0.41

Lesebeispiel: Die mehrheitlich negativen Stimmabsichten der Grünen können in hohem Masse durch die sechs getesteten Argumente erklärt werden. Sie sind mehrheitlich der Meinung, man gefährde so die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland und störe den Religionsfrieden. Dass damit auch SchweizerInnen bedroht seien, glaubt man indessen nicht. Für die Erklärung der Stimmabsichten ist aber nur das Beziehungs-Argument relevant. Wichtiger noch als das ist es, dass die Grün-Wählenden sich in einem erheblichen Masse über die Nein-Argumente ärgern. Sie lehnen sie alle mehrheitlich ab. Zur Erklärung ihrer Nein-Stimmabsicht trägt vor allem das geforderte Verbot von Minaretten (bei Zulassung von Moscheen) bei, und auch die Vermengung von Scharia-Ablehnung und Initiative-Zustimmung mobilisiert die Grünen in Richtung Ablehnung.

Argumentativ erweisen sich die Partei ungebundenen WählerInnen einerseits und die CVP-Wählerschaft andererseits als beschränktes Ja-Potenzial, denn sie zeigen botschaftsmässig durchaus gewisse Affinitäten mit dem SVP-Profil. Bei den Ungebundenen sind die Minarette problematisch und sollten untersagt werden; teilweise hat das auch schon gewirkt. Bei der CVP wirkt weniger das Minarett als Machtsymbol, aber die Ablehnung der Scharia begünstigt die Zustimmung zur Initiative. Die insgesamt mehrheitliche Verwerfung der Vorlagen kann durch unsere Argumente kaum erklärt werden. Bei der CVP kann man Parteiloyalitäten vermuten, bei den ungebundenen Stimmberechtigten muss man von weiteren Argumenten ausgehen, die hier nicht untersucht wurden.

Klarer im Nein verankert sind die WählerInnen der FDP, der SP und der Grünen. Für sie typisch ist, dass sie die Beziehungen zum Ausland gefährdet sehen. Die anderen Nein-Argumente werden zwar auch geteilt, sind aber nicht wirklich meinungsbildend. Das hat einen Grund: Die Meinungsbildung verläuft bei allen drei Parteiwählerschaft im erheblichen Masse über die Ablehnung der polarisierenden Ja-Argumente. Ihre Verwerfung führt zur signifikanten Begründung der Initiativ-Ablehnung. Das gilt einerseits für das Argument, Moscheen zu befürworten, Minarette aber zu untersagen, und es trifft auch bei der Botschaft zu, wonach Minarette Macht- und Herrschaftssymbole des Islamismus seien.

Für die italienischsprachige Schweiz haben wir eine überdurchschnittliche Zustimmung festgehalten und postuliert das habe mit der geringeren Problematisierung der Vorlage zu tun. Die Regressionsanalyse nach Sprachregionen bestätigt dies. Letztlich erklärt nur ein Argument die bisherigen Stimmabsichten. Es handelt sich um jenes der Initianten, wonach

Moscheen erlaubt, Minarette aber verboten sein sollten. Alles andere ist in der italienischsprachigen Schweiz nicht erklärungskräftig.

Insgesamt wird die Schwäche der bisherigen Nein-Botschaften klar: Sie haben noch keine tragende Rolle in der Kampagne spielen können, sodass die Ablehnung der Initiative vorerst vor allem aufgrund der erheblichen Polarisierung durch die Ja-Kampagne begründet werden muss.

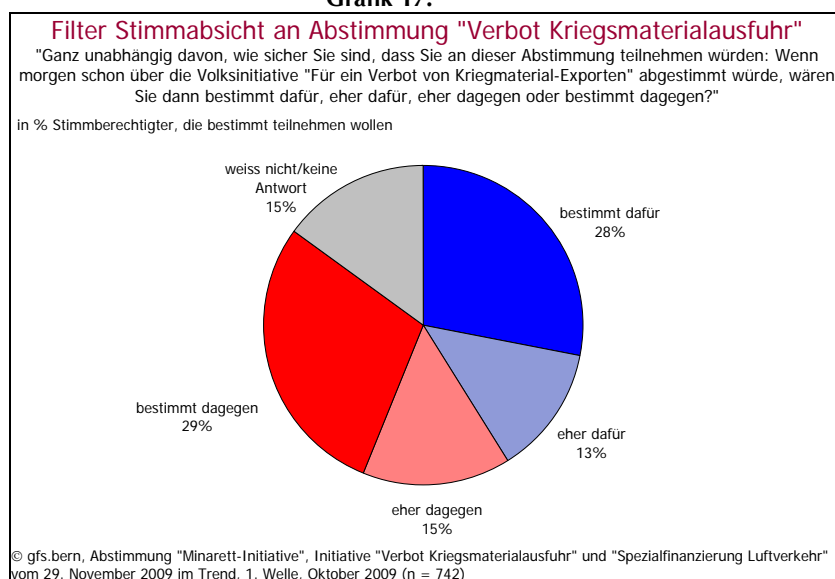
Man kann das vorläufig wie folgt bewerten: Argumentativ ist die Ja-Seite eher stärker, als es durch die Stimmabsichten erscheint. In den vorläufigen Entscheidungen hat es damit auch erhebliche Anteile der Parteiloyalitäten, die wirken. Die hohe Relevanz der Argumente aus dem Ja-Lager wird aber etwas relativiert, weil sie zwar wirken, aber nicht restlos wie intendiert. Das hohe Mass an Polarisierung hat zwar die Fokussierung der Diskussion auf die Ja-Themen bewirkt, gleichzeitig aber auch ein erhebliches Mass an Ablehnung der Botschaften bewirkt. Diese wirkt momentan bei Grünen, SozialdemokratInnen und Freisinnigen stärker als die genuinen Botschaften der Nein-Seite, was ziemlich unüblich ist. Bei CVP und Parteiungebundenen findet sich das nicht im gleichen Masse; hier zeigt sich, dass die Nein-Seite ausser über die Nein-Parolen (bei der CVP) noch wenig Überzeugungsarbeit leisten konnte.

3.3. Die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial

3.3.1. Die vorläufigen Stimmabsichten

Würde heute über die Kriegsmaterialausfuhr-Initiative abgestimmt, wären 41 Prozent bestimmt oder eher dafür; 44 Prozent würden bestimmt oder eher dagegen votieren. 15 Prozent der Teilnehmewilligen hätten gar keine Stimmabsicht.

Grafik 17:

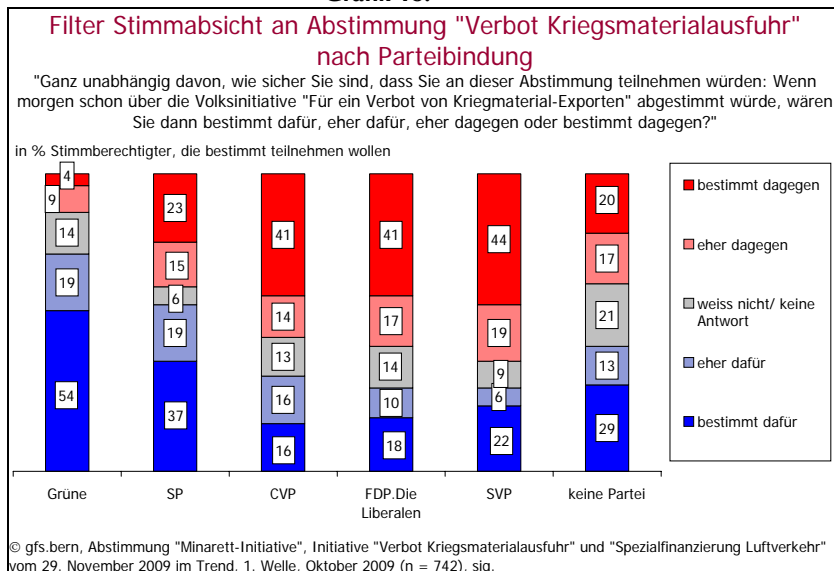


57 Prozent haben eine feste, etwas über ein Viertel hat eine gerichtete Stimmabsicht. In der Ausgangslage ist damit keine Seite im Vorteil. Es gilt: Die Meinungsbildung hat eben erst begonnen und ist damit selbstredend nicht abgeschlossen.

3.3.2. Das vorläufige Konfliktmuster

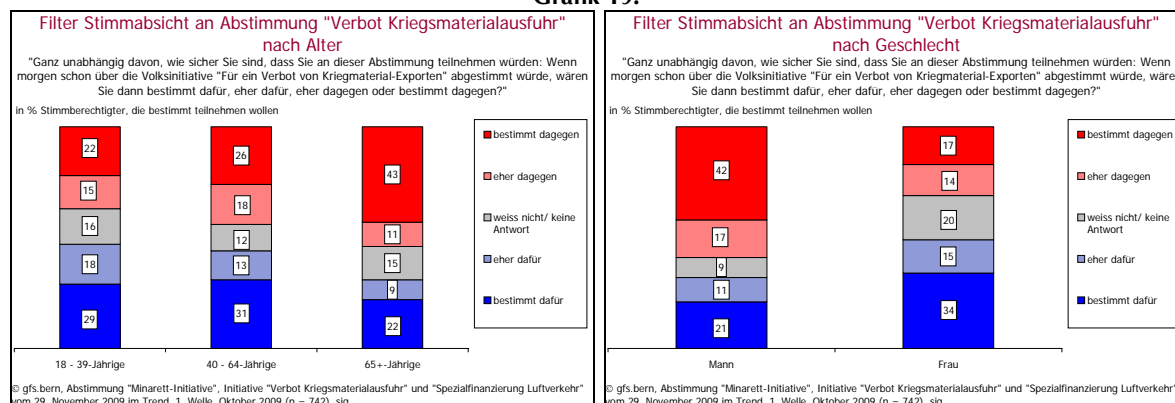
Beim Konfliktmuster sticht zunächst die klare Polarisierung entlang der Parteigrenzen hervor: Die Wählenden der linken Parteien sind dafür. Mit dieser Position stehen sie aber alleine da. Einzig bei den Parteiungebundenen existiert eine relative Mehrheit dafür.

Grafik 18:



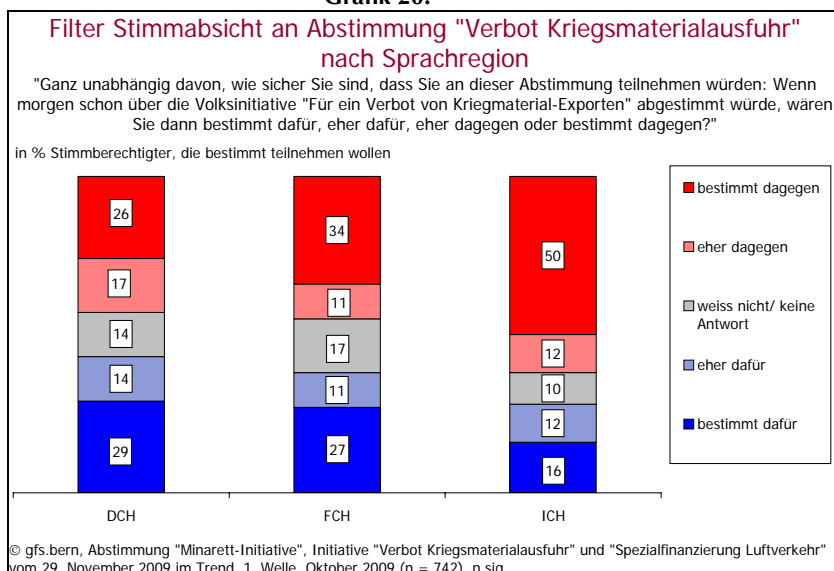
Am klarsten gegen die Initiative ist die SVP-Wählerschaft. 63 Prozent wollen die Vorlage bestimmt oder eher ablehnen. Bei der FDP-Wählerschaft liegt der ablehnende Wert bei 58 Prozent; bei der CVP sind es 55 Prozent. Die Zustimmung ist bei den Grünen mit 73 Prozent sehr hoch. Von der SP-Wählerschaft erhalten die InitiantInnen eine Zustimmung von 56 Prozent. Bei den Parteiungebundenen beträgt sie 42 Prozent. Allerdings sprechen sich hier auch 37 Prozent gegen die Initiative aus.

Grafik 19:



Signifikant sind die Differenzierungen nach demografischen Merkmalen. Zunächst ist die Zustimmungstendenz in den jüngeren (47% bestimmt oder eher dafür) und mittleren (44% bestimmt oder eher dafür) Altersgruppen leicht erhöht, während die Ablehnungsbereitschaft vor allem bei den RentnerInnen hoch ist. Es gibt auch eine recht deutliche Unterscheidung nach Geschlecht. Männer sind in ihrer absoluten Mehrheit von 57 Prozent bestimmt oder eher dagegen, Frauen mit einer relativen Mehrheit von 49 Prozent bestimmt oder eher dafür.

Grafik 20:



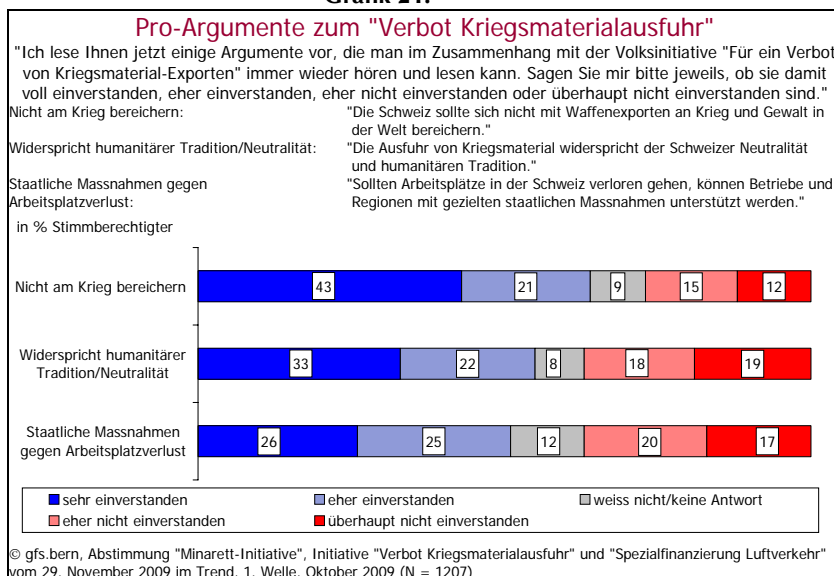
Räumlich gesprochen gibt es keine signifikanten Unterschiede. Das gilt sowohl für die Sprachregionen wie auch für die Aufteilung nach Stadt und Land. Gleiches trifft auch auf für die Schichteinflüsse zu.

Das Konfliktmuster gleicht insgesamt dem, das für Links/Rechts-Polarisierungen typisch ist. Entscheidend ist dabei, was die parteiungebunden Stimmenden und die ParteiwählerInnen machen werden. Momentan ist die CVP-Basis klarer im Nein, während die Ungebundenen recht offen zu beiden Seiten positioniert sind.

3.3.3. Die Argumentenbewertungen

Auch argumentativ zeichnet sich in der Ausgangslage eine vorläufige Pattsituation ab. Beide Seiten verfügen über mehrheitsfähige Argumente.

Grafik 21:

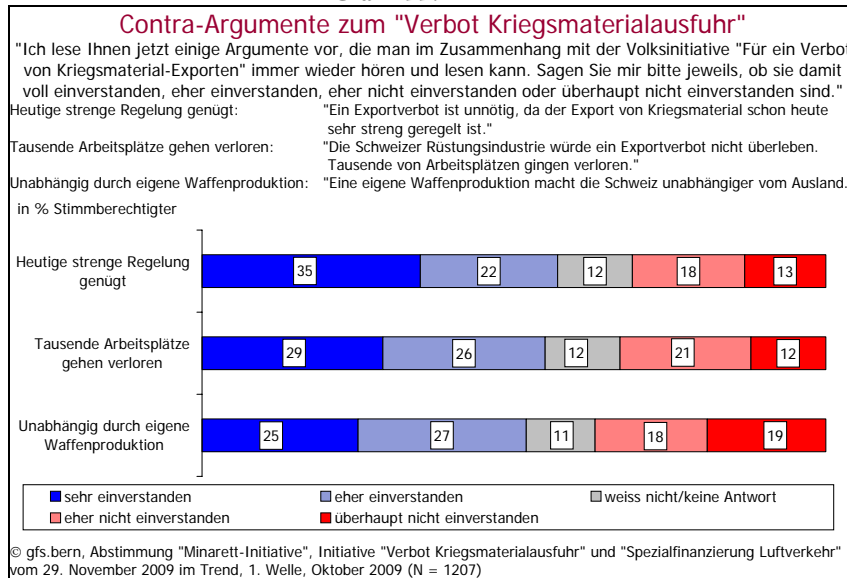


64 Prozent sind bestimmt oder eher der Meinung, die Schweiz solle sich mit Waffenexporten nicht am Krieg und an der Gewalt in der Welt bereichern. Für 55 Prozent widersprechen Waffenexporte mehr oder minder der Schweizer Neutralität. Und 51 Prozent sind

sehr oder eher einverstanden, dass man mit gezielten staatlichen Massnahmen Betrieben und Regionen helfen könnte, die bei einem Ja zur Initiative Arbeitsplätze verlieren würden.

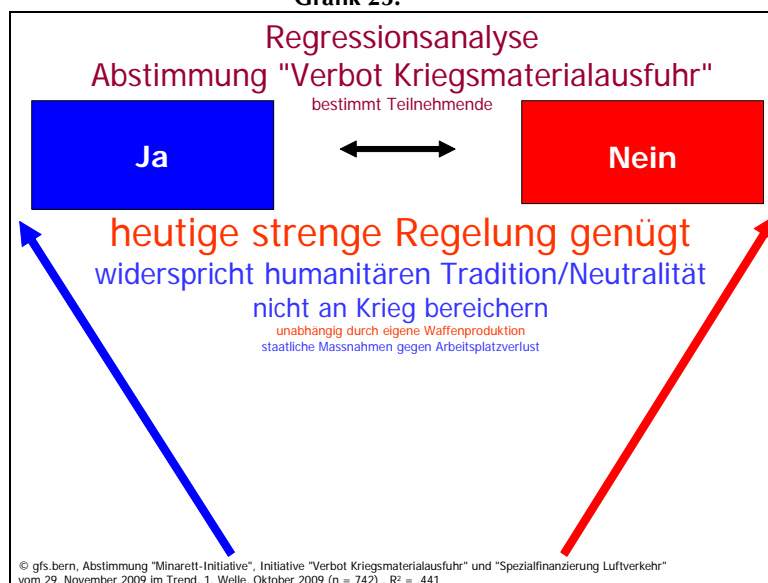
Die Ja-Seite verfügt damit unter den getesteten Argumenten über (wahrscheinlich) drei mehrheitsfähige Botschaften. Sie ist am populärsten, wenn sie moralisch argumentiert.

Grafik 22:



Bezieht man sich auf die Nein-Seite, gilt: 57 Prozent sind der Auffassung, ein Exportverbot sei angesichts der bestehenden Regelungen unnötig. 55 Prozent befürchten ganz oder teilweise ein Ende der Schweizer Rüstungsindustrie, sollte die Initiative angenommen werden. Und 52 Prozent denken mehr oder minder klar, eine eigene Waffenproduktion mache die Schweiz vom Ausland unabhängiger.

Grafik 23:



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt die Grösse des Einflusses von unabhängigen Variablen auf eine abhängige Variable. In der Regression wird die Grösse des Einflusses der Pro- und Kontra-Argumente auf die Stimmabsicht der bestimmt Teilnehmenden beschrieben. In der Grafik erscheinen die erklärenden Elemente dabei in verschiedenen Grössen: Je grösser ein Element dargestellt ist, desto wichtiger ist sein Einfluss auf die Stimmabsicht. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einem Ja (blau) oder eher zu einem Nein (rot) führt.

Die Regressionsanalyse zeigt die zentrale Problematik der bisherigen Meinungsbildung. Demnach stehen sich zwei Botschaften fast gleich stark gegenüber: die Beurteilung der heutigen Regelung einerseits, das moralische Dilemma andererseits. Alles andere tritt bisher kaum relevant in Erscheinung. Das gilt auch für die wirtschaftlichen Aspekte der Vorlage.

In der bisherigen Meinungsbildung wirkten insbesondere die Wirtschaftsargumente noch wenig. Das könnte sich bis zum Abstimmungstag noch ändern. Das Thema spricht leicht für einen Nein-Trend in den kommenden Stimmabsichten.

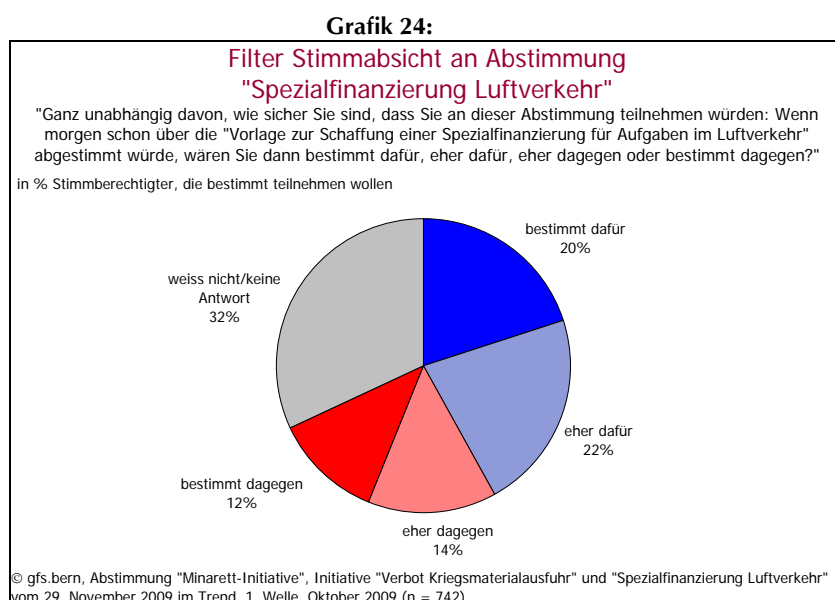
3.4. Bundesbeschluss Schaffung Spezialfinanzierung Luftverkehr

3.4.1. Die vorläufigen Stimmabsichten

Die Meinungen über die Vorlage zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für den Luftverkehr waren Mitte Oktober 2009 noch nicht vollständig gemacht. 32 Prozent der Stimmberechtigten mit bestimmter Teilnahmeabsicht wussten zu diesem Zeitpunkt noch nicht, wie sie stimmen sollten. Eine feste Stimmabsicht vor oder gegen die Vorlagen hatten insgesamt 32 Prozent, währenddem 36 Prozent eine tendenzielle Meinung äusserten.

Das ist ein Hinweis darauf, dass es unter den mobilisierten BürgerInnen keine oder nur eine geringe vorbestimmte Meinungsbildung gibt. Mit einer gewissen Volatilität in der Stimmabsicht ist deshalb zu rechnen. Prognosen zum Abstimmungsausgang sind ohne Kenntnisse des Abstimmungskampfes nicht wirklich möglich.

In der Tendenz liegt die Ja-Seite im Vorsprung. 42 Prozent der BürgerInnen mit Stimmabsicht sind für die Schaffung einer Spezialfinanzierung des Luftverkehrs. 26 Prozent sprechen sich gegen die Vorlage aus.



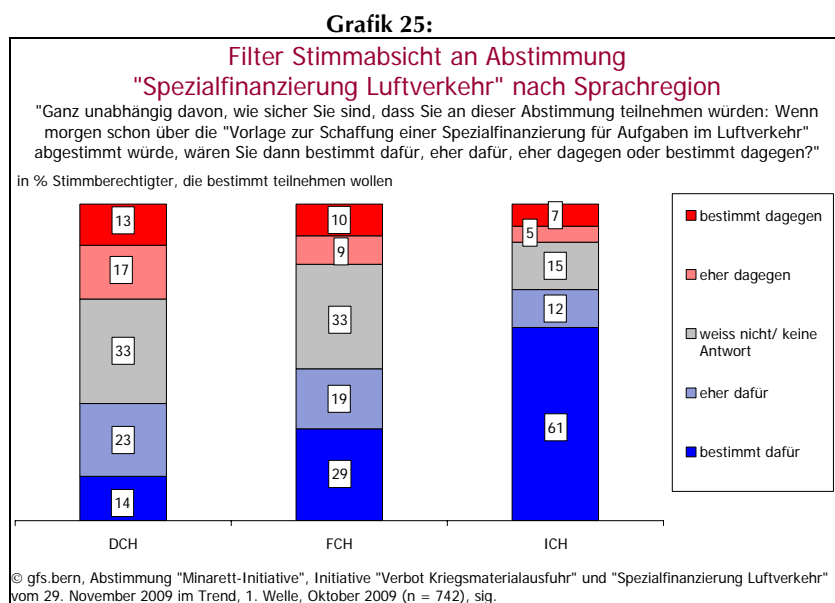
Die zentrale Erkenntnis aus dieser Ausgangslage lautet: Die Vorlage zur Schaffung einer Zusatzfinanzierung für den Luftverkehr ist noch wenig bekannt. Das mit dem Beschluss verfolgte Anliegen scheint aber zumindest für einen Teil der Stimmberechtigten mit be-

stimmter Teilnahmeabsicht nachvollziehbar zu sein. Trotzdem ist davon auszugehen, dass sie diesbezüglich keine Prädispositionen haben.

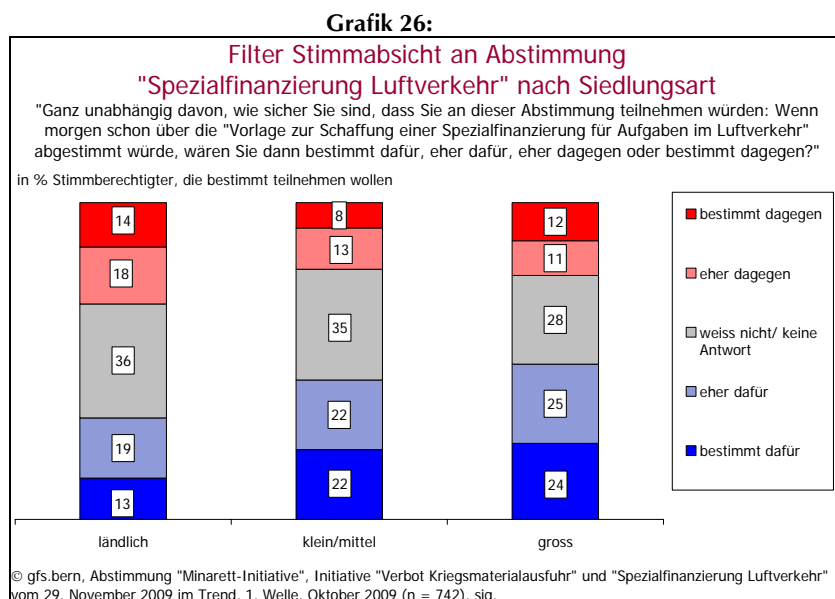
3.4.2. Das vorläufige Konfliktmuster

Die auffälligsten Konfliktmuster zeigen sich nach Sprachregion und Siedlungsart. Andere gesellschaftlichen Konfliktlinien sind demgegenüber nur schwach ausgeprägt. Politische Konfliktmuster sind nicht vorhanden.

Besonders ausgeprägt ist die Zustimmung zur Vorlage in der lateinischen Schweiz. In der französischsprachigen Schweiz sprechen sich 29 Prozent bestimmt für die Vorlage aus, im Tessin sind es 61 Prozent. Im Gegensatz dazu ist die bestimmte Zustimmung in der deutschsprachigen Schweiz mit 14 Prozent deutlich tiefer.



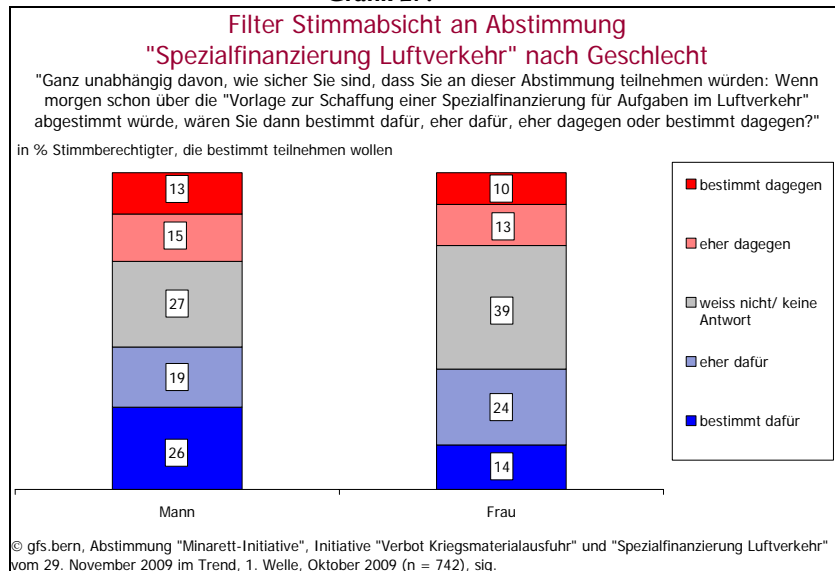
Auch bezogen auf die Siedlungsart sind signifikante Unterschiede festzustellen. So findet man in kleinen/mittleren sowie in grossen Agglomerationen häufiger bestimmte Zustimmung als in ländlichen Gemeinden.



Der Grad der Zustimmung scheint dabei mit der bereits gemachten Meinung bezüglich der Vorlage einherzugehen: Während in ländlichen Gemeinden mit dem geringsten Anteil bestimmter BefürworterInnen der Anteil Unschlüssiger am höchsten ist, ist er in grossen Agglomerationen mit dem grössten Anteil bestimmter BefürworterInnen am tiefsten.

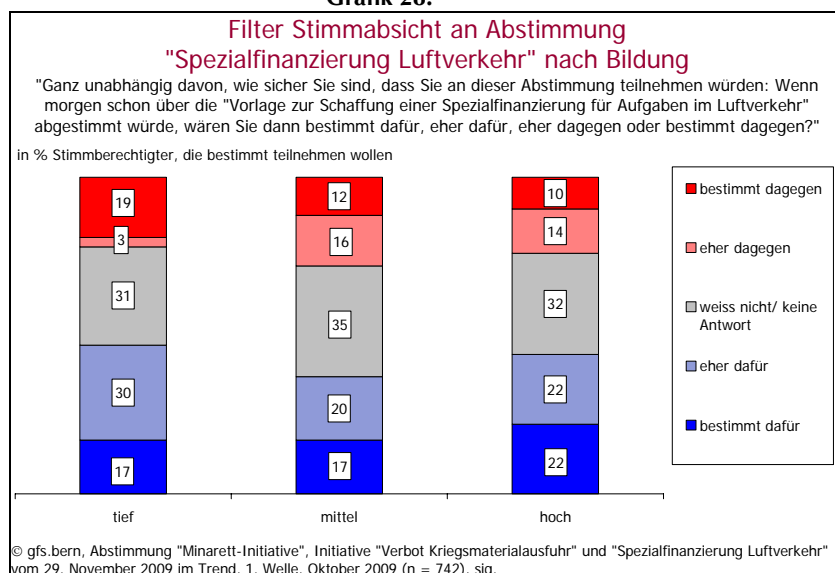
Unterschiede der bestimmt Teilnehmenden sind auch bezüglich Geschlecht und Bildung festzustellen. So sprechen sich Männer häufiger bestimmt für die Vorlage aus. Frauen scheinen diesbezüglich noch keine endgültige Meinung zu haben.

Grafik 27:



Zudem erhält die Vorlage bei Personen mit hoher Bildung die grösste Zustimmung. Skeptischer sind demgegenüber Personen mit mittlerer und tiefer Bildung. Bei letzterer Gruppe sprechen sich 19 Prozent bestimmt gegen die Vorlage aus.

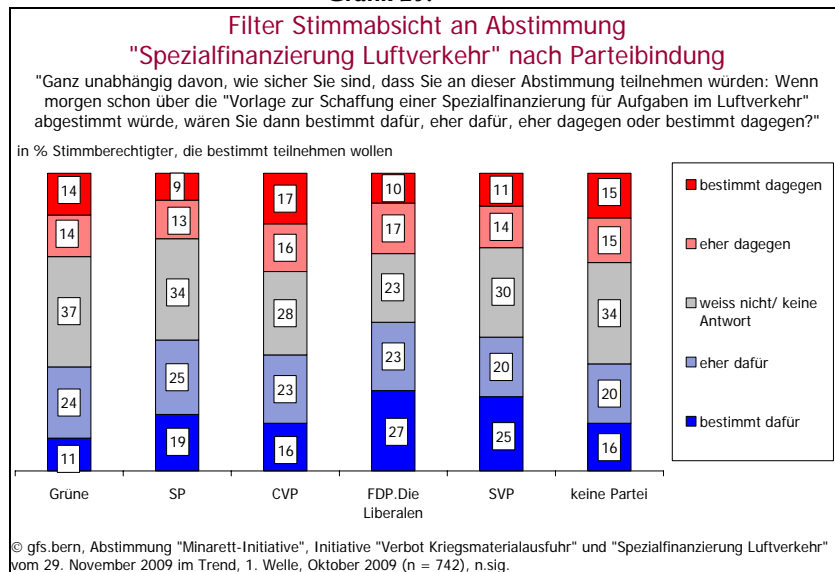
Grafik 28:



Bezogen auf die Parteiorientierung zeigt sich bei den SympathisantInnen der FDP eine mehrheitliche Zustimmung. Ihr folgen AnhängerInnen der SVP, der SP, der CVP und der Grünen. Die grösste, aber immer noch minderheitliche Gegnerschaft ist unter der CVP-Wählerschaft zu finden. Bei SympathisantInnen der Grünen und der SP herrscht bezüglich des Entscheids noch die grösste Unschlüssigkeit. Aber auch bei Wählenden der anderen

Parteien sind die Anteile derjenigen, die sich nicht entscheiden konnten, hoch. Der Zusammenhang zwischen Parteiorientierung und der Stimmabsicht zur Spezialfinanzierung im Luftverkehr ist demnach nicht signifikant.

Grafik 29:



Aussagen über spezifische Argumente für oder gegen die Vorlage können keine gemacht werden. Die Vorlage wurde in der Öffentlichkeit kaum diskutiert, was das Identifizieren von allgemein verständlichen Botschaften verunmöglichte.

Eine wirkliche Beurteilung des Konfliktmusters ist aufgrund der Ausgangslage nicht möglich. Das erschwert es auch, die recht offene Situation bei den Stimmabsichten genauer zu bestimmen.

4. Die Synthese

Wie kann die Ausgangslage nach Einsetzen der zentralen Kampagnen beurteilt werden? Es gilt, zwischen den beiden Oppositionsvorlagen in Form von Volksinitiativen zum Verbot von Kriegsmaterialausfuhr resp. dem Bauverbot von Minaretten einerseits und der Behördenvorlage zum Luftverkehr andererseits zu unterscheiden.

In der Ausgangslage hat das Verbot der Kriegsmaterialausfuhr mehr Zustimmung, und diese Vorlage kennt weniger Ablehnung. Der Grad der Meinungsbildung ist jedoch noch etwas weniger weit fortgeschritten, sodass hier eher noch Veränderungen in den recht gespaltenen Stimmabsichten zu erwarten sind.

Tabelle 3:
Übersicht über die zentralen Indikatoren der Studie

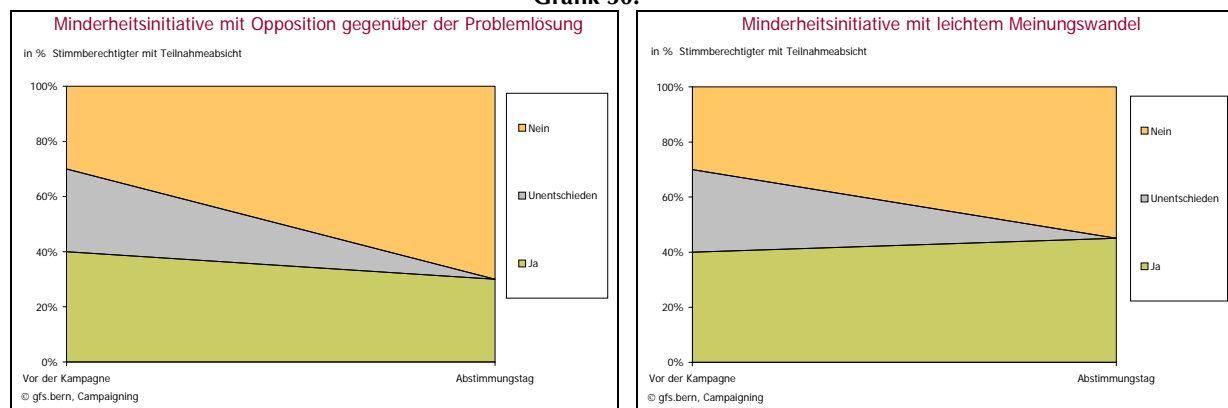
Indikatoren	Kriegsmaterial	Minarett	Luftverkehr
Teilnahmeabsichten	44 Prozent der Stimmberechtigten	44 Prozent der Stimmberechtigten	44 Prozent der Stimmberechtigten
Ohne Stimmabsichten	15 Prozent der Teilnahmewilligen	13 Prozent der Teilnahmewilligen	32 Prozent der Teilnahmewilligen
Mit tendenziellen Stimmabsichten	28 Prozent der Teilnahmewilligen	25 Prozent der Teilnahmewilligen	36 Prozent der Teilnahmewilligen
Mit festen Stimmabsichten	57 Prozent der Teilnahmewilligen	62 Prozent der Teilnahmewilligen	32 Prozent der Teilnahmewilligen
Grad der Prädisponierung	Labil vorhanden	Labil bis stabil vorhanden	Kaum vorhanden
Bestimmt und eher dafür	41 Prozent der Teilnahmewilligen	34 Prozent der Teilnahmewilligen	42 Prozent der Teilnahmewilligen
Bestimmt und eher dagegen	44 Prozent der Teilnahmewilligen	53 Prozent der Teilnahmewilligen	26 Prozent der Teilnahmewilligen
Richtung der Prädispositionierung	Ja und Nein vorläufig praktisch gleichauf	Mehrheit dagegen	Relative Mehrheit dafür
Konfliktmuster	Signifikant: Parteibindungen Alter Geschlecht Sprachregionen Nicht signifikant: Siedlungsart Haushaltseinkommen Schulbildung Typologisch: Links/Rechts	Signifikant: Parteibindung Sprachregion Siedlungsart Konfession Haushaltseinkommen Schulbildung Alter Nicht signifikant: Geschlecht Typologisch: Moderne/Tradition	Signifikant: Sprachregion Siedlungsart Schulbildung Geschlecht Nicht-signifikant: Parteibindung Alter Haushaltseinkommen Typologisch: Kaum ausgeprägt
Mehrheitsfähige Argumente	Pro: Nicht am Krieg bereichern Widerspricht humanitärer Tradition (Staatliche Unterstützungsleistungen) Kontra: Heutige Regeln genügen Arbeitsplatzverlust (Unabhängigkeit durch Waffenproduktion)	Pro: (Null-Toleranz Scharia) (Moscheen ja, Minarett nein) Kontra: (Gefährdet Beziehungen)	Nicht prüfbar
Wirksame Argumente	Pro: Verstoss humanitäre Tradition Kontra: Heutige Regeln genügen	Pro: Moscheen zulassen, Minarett verbieten Kontra: Moscheen zulassen, Minarett nicht verbieten	Nicht prüfbar
Abstimmungsausgang	Vorläufig offen, Ablehnung eher wahrscheinlich	Ablehnung wahrscheinlich	Vorläufig offen, Vorteile Ja

Insgesamt bestätigt sich die einleitend formulierte Hypothese. Sie kann jetzt wie folgt mit Befunden bestätigt werden:

1. Argumentativ produziert die Vorlage momentan eine Patt-Situation: Moralische Bedenken, vor allem zur humanitären Tradition der Schweiz einerseits und genügende Regelungen für Exporte in Kriegsgebiete andererseits, bilden die Pole der stärksten Ambivalenz. Orientiert man sich nur an der Mehrheitsfähigkeit der Botschaften, kann man sowohl im Befürworter- als auch im Gegnerlager Argumente identifizieren, die noch Potenzial haben. Das heisst, dass diese die Meinungsbildung bislang nicht massgeblich beeinflusst haben.
2. Vom Konfliktmuster her findet sich weitgehend das klassische, das man in der Ausgangslage zu linken Initiativen erwarten kann. Am stärksten polarisieren die Partei-bindungen, gefolgt von den Sprachregionen und Unterschieden zwischen den Altersgruppen und den Geschlechtern.

Grafiken: Wahrscheinlicheres und weniger wahrscheinlicheres Szenario der kommenden Meinungsbildung bei der Kriegsmaterial-Initiative

Grafik 30:



Die Prognose fällt entsprechend dieser Charakteristik aus: Die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial startet, wie die meisten (linken) Initiativen relativ gut. Absolut gesehen ist sie aber nicht mehrheitsfähig. Das schmälert ihre Aussichten, am Abstimmungstag angenommen zu werden.

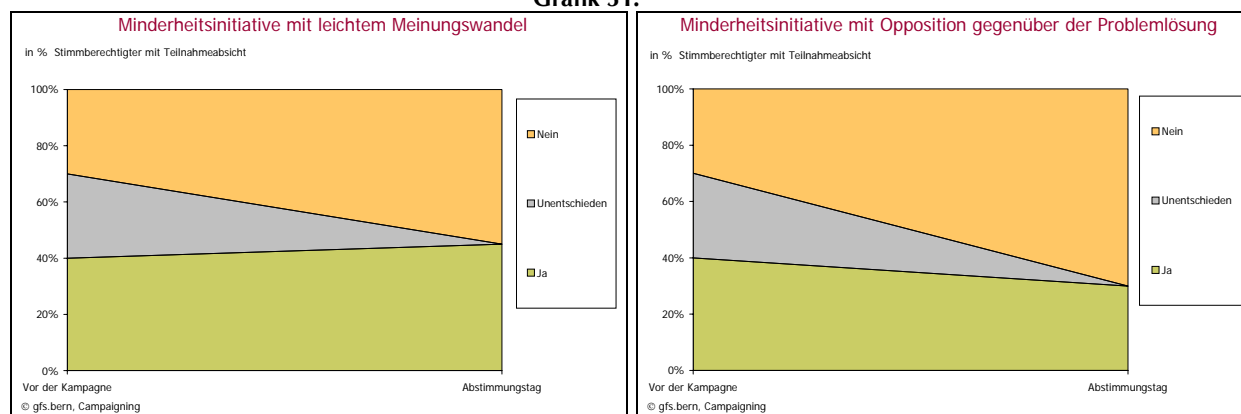
Der Prozess der Meinungsbildung hat kampagnenmässig aber erst angefangen, und auch in der stimmberechtigten Bevölkerung ist er erst am Anfang. Im Normalfall werden während des Abstimmungskampfes die Nein-Argumente stärker gewichtet, sodass sich das Nein erweitert, allenfalls auch das Ja verringert.

Bei der Minarett-Initiative bestätigt sich die Hypothese ebenfalls mehrheitlich. Ausgekleidet kann sie nun wie folgt gefasst werden:

Die Initiative für ein Bauverbot von Minaretten kennt eine andere Ausgangslage. Hier überwiegt die Nein-Seite vorerst eindeutig. Der Grad der Meinungsbildung erscheint schon recht weit fortgeschritten, sodass zwar Veränderungen durchaus noch möglich sind, aber eher in einem bescheidenen Umfang. Zudem startet die Initiative einiges tiefer als das Volksbegehren zu den Waffenexporten. Das alles spricht zwar dafür, dass die Minarett-Initiative am Abstimmungstag scheitert, die Zustimmung aber kaum mehr relevant zurückgeht.

Grafiken: Wahrscheinlicheres und weniger wahrscheinlicheres Szenario der kommenden Meinungsbildung bei der Minarett-Initiative

Grafik 31:



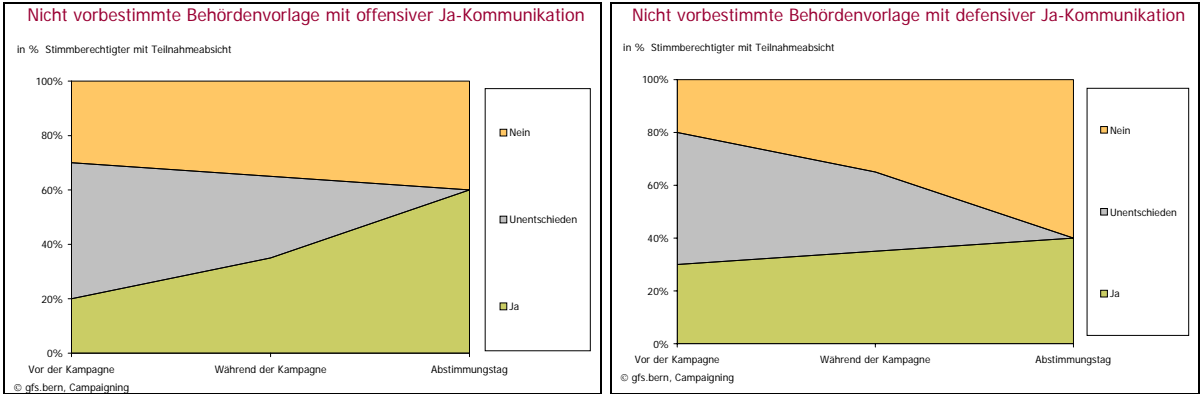
Begründet werden kann dies vor allem durch das parteipolitische Profil, dass die Vorlage kennt. Sie polarisiert sehr stark im Links/Rechts-Spektrum. Eine Zustimmungsmehrheit findet sich nur bei der SVP-Wählerschaft. Bei den anderen Parteibasen, aber auch bei den Parteungebundenen überwiegt die Ablehnungstendenz. Darüber hinaus ist das Konfliktmuster ausgeprägt. Es gibt Unterschiede zwischen den Sprachregionen, entlang der Siedlungsart, zwischen den Konfessionsgruppen, in den sozialen Schichten und bezüglich des Alters, nicht aber des Geschlechts. Dass die Frauen mehr für die Minarett-Initiative seien, kann durch unsere Erhebung nicht bestätigt werden. Ausser bei der SVP gibt es in der Ausgangslage nur in der italienischsprachigen Schweiz eine Zustimmungsmehrheit. Das spricht dafür, dass der Widerspruch recht flächendeckend ist.

Zwar gilt bei Volksinitiativen mit einem klaren Rechtsprofil in der Regel das Gleiche, wie wir bei der Kriegsausfuhrinitiative festgehalten haben. Im vorliegenden Fall ist das alles jedoch nicht so sicher. Argumentativ gesprochen besteht eher ein Patt denn ein Nein-Überhang. Zudem hat sich die Diskussion bis jetzt eher auf den Themen der InitiantInnen festgesetzt, und unsere Umfrage zeigt, dass diese die bisherigen Stimmabsichten besser erklären. Man kann deshalb vermuten, dass die Kampagnenentwicklungen hier beschränkt auch eine andere Dynamik annehmen können. Dafür spricht auch, dass die Kontroverse über das Verbot der Plakate vorerst schwer abschätzbar ist und die Ereignisse im und mit dem Ausland unvorhersehbar sind. Wenn die Nein-Argumente bisher nicht besonders wirksam erscheinen, kann dies zwei Gründe haben. Ihre Ausstrahlung folgt erst noch, weil ihre Kampagne erst später eingesetzt hat, oder wir haben zentrale Gründe, warum man dagegen stimmen will mit unserem kleinen Katalog an Botschaften nicht hinreichend erfasst.

Bei der Luftverkehrsvorlage bestätigt sich die Hypothese ganz. Entsprechend ist jede Aussage über Trends in der Meinungsbildung verfrüht. Die Kampagnen haben hier noch gar nicht eingesetzt. In der Ausgangslage gibt es viele Unsichere und ein Test von Argumenten musste angesichts der realen Voraussetzungen ausbleiben. Der Ausgang ist grundsätzlich offen, auch wenn die Ja-Seite mit einem Vorteil ins Rennen steigt.

Grafiken: Mögliche Szenarien der Meinungsbildung bei der Luftverkehrsvorlage:

Grafik 32:



Thesen:

These 1:

Das Interesse der Stimmberechtigten an den Abstimmungen ist mittel. Die Meinungsbildung zur Minarett-Initiative ist am weitesten fortgeschritten, jene zum Luftverkehr am wenigsten.

These 2:

Die Zustimmung zum Verbot Kriegsmaterialausfuhr ist vorläufig höher als zum Bauverbot von Minaretten.

These 3:

Das Konfliktmuster zur Kriegsmaterial-Initiative ist typisch für eine Links/Rechts-Polarisierung. Parteiungebundene und Mitte-WählerInnen stehen eher auf der Nein-Seite. Das spricht eher für eine Ablehnung am Abstimmungstag.

These 4:

Das Konfliktmuster zur Minarett-Initiative ist typisch für eine Polarisierung zwischen Moderne und Tradition. Parteiungebundene und Mitte-WählerInnen haben eine höhere Affinität zu Ja-Argumenten als ihre Zustimmungsbereitschaft ausdrückt. Das könnte den Ja-Anteil ansteigen lassen, wohl aber nicht die Mehrheit ändern.

These 4:

Aufgrund des Standes der Meinungsbildung ist eine Prognose zum Ausgang nicht möglich.

Anhang

Das gfs.bern Team

[Identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler,
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, Europäische Integration,
Technologiepolitik, politische Kultur und
politische Kommunikation, Geschichte und
Methoden der Demoskopie.



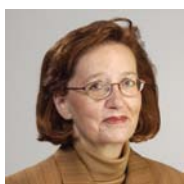
LAURA KOPP

Politikwissenschaftlerin, Projektleiterin.
Schwerpunkte: Analyse politischer Themen
und Issues, Evaluationen,
Gesellschaftsthemen, Feldaufträge,
international vergleichende Studien,
Qualitativmethoden, Text- und Inhaltsanalyse,
Abstimmungen und Wahlen, Publikationen im
Rahmen der VOX-Analyse und auf Internet.



JONAS KOCHER

Projektassistent.
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,
Medienanalysen, Visualisierung.



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administratorin.
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,
Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration.